

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schluss in Genf!

Die Sitzung der Vollversammlung. - Chamberlain klagt Brasilien an. Briand bezeugt Deutschlands guten Willen.

V. Sch. Genf, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Plenarsitzung des Völkerbundes, in der Deutschland heute als Bundesmitglied aufgenommen werden sollte, hat ohne Deutschland getagt. Dennoch war es einer der stärksten moralischen Erfolge, die Deutschland seit Kriegsende in der Welt errungen hat. Die für die deutsche Delegation reservierten Stühle blieben leer. Mehrere der versammelten Staatsmänner gaben im Laufe dieser Sitzung durch ihre Kundgebungen immer wieder zu verstehen, daß sie diese Tatsache schmerzlich bedauern und daß nur höhere Gewalt sie daran hinderte, die deutschen Delegierten schon heute herzlich willkommen zu heißen. Der Völkerbund hat gleich nach dem schweren Schlag, den eine einzige Nacht ihm verfehlt hat, seine Lebensfähigkeit und seinen Lebenswillen mit einer Deutlichkeit bewiesen, die eine spontane Reaktion gegen die bewußte und unbewußte Zerstörung des Großgedankens der internationalen Völkerfriedensarbeit war.

Der Tag hatte seine zwei Helden: einen traurigen und einen gefeierten. Der traurige Held ist Mello Franco, der gefeierte Aristide Briand.

Der Brasilianer erhielt das Wort. Als ihn Chamberlain mit eisiger Kühle ermahnte, das Wort zu ergreifen, und ihn fragte, ob er selbst im Namen der Aufnahmekommission das Scheitern der Verhandlungen begründen könne, ging eine Bewegung der Neugier und Ironie, aber auch des Ekels durch den Saal. Mello Francos mit fanatischer Leidenschaft vorgelesene Erklärung brachte nichts Neues. Seine Alligatorentänen über die Vertagung des Eintritts Deutschlands verstärkten nur diesen ersten Eindruck. Schwacher Beifall auf zwei oder drei Bönen und — ein noch nie dagewesener Vorgang in der Geschichte des Völkerbundes — ein andauerndes Zischen war die Antwort der Versammelten auf dieses Dokument menschlicher Dummheit und Eitelkeit. Dann aber begann die große Abrechnung: zunächst Chamberlain, hochmütig und scharf gegen den Brasilianer, nur am Schluss etwas wärmer und menschlicher, als er unter tosendem Beifall der Versammlung und den und Beneck für ihre vergebliche Opferwilligkeit dankte und als er die Hoffnung der Großmächte auf eine baldige Ueberwindung des bedauerlichen Zwischenfalles aussprach.

Dann aber kam Briand, von lebhaftem Beifall begrüßt, auch er zunächst herablassend verächtlich gegen den Brasilianer gewandt, dann aber steigerte sich seine Rede zu wahrer Größe, als er von Deutschland sprach. Eine starke Bewegung ging durch den Saal, als er es für seine Pflicht als Franzose bezeichnete, in dieser Stunde der deutschen Delegation dafür zu danken, daß sie mit unvergleichlicher Ruhe und Edelmut die Tatsache des Mißerfolges der Aufnahmeverhandlungen zur Kenntnis genommen und selbst die Initiative dazu ergriffen habe, sofort der Welt gemeinsam mit den übrigen Locarno-Mächten zu verkünden, daß die Politik der Versöhnung, daß das Werk von Locarno unverändert aufrecht erhalten bleibe.

Briands völlig improvisierte Rede war so meisterhaft geformt, so menschlich empfunden, so warmherzig vorgetragen, daß die ganze Versammlung zu einer lang andauernden Ovation hingerissen wurde, an der sich sogar internationale Pressevertreter beteiligten. Diese Rede hat drei Viertel des Schadens, der gestern angerichtet worden war, wieder gut gemacht.

Stürmischer Beifall begrüßte den Vertreter Schwedens. Genosse Lundén, der infolge einer Erkrankung selbst zu sprechen verhindert war, ließ seine Erklärung durch den zweiten Delegierten Schwedens vorlesen, in der er rücksichtslos „die Privatinteressen“ geißelte, die nichts mit der Aufnahme Deutschlands zu tun gehabt hätten und sie dennoch verhindert hätten.

Alle folgenden Ansprachen waren gleichfalls Anklagereden gegen Brasilien, auch die Erklärung, die der Vertreter Paraguays im Namen der übrigen südamerikanischen Staaten abgab. Von ganz besonderer Schärfe war der Schweizer Motta, der den Jörn der gesamten Vollversammlung gegen die Urheber der Verzögerung zum Ausdruck brachte und die Worte Briands über Deutschland unterstrich. Das war der Inhalt und der Sinn aller übrigen Reden, des Holländers Laudon, des Norwegers Ransen, des Dänen Zahle; sie alle gaben ihrer Empörung einen so deutlichen Ausdruck, wie man im Völkerbund noch nicht gegen ein anderes Bundesmitglied vernommen hat.

Und als gegen 1 Uhr mittags nach dem Schlusswort des Präsidenten da Costa die erste außerordentliche Sitzung des Völkerbundes geschlossen wurde, da war allen klar, daß trotz ihres negativen Ergebnisses die bedauerlichen Ereignisse der letzten Tage für die Genfer Institution, für den Völkerbund doch nur eine warnende Krise gewesen sind, aus denen er glänzt und gestärkt hervorgeht wird.

Genf, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Reformationsaal stehen die Delegierten von 10 Uhr an in lebhaft diskutierenden Gruppen herum. Besondere Erregung zeigen Vertreter der südamerikanischen und der neutralen Staaten.

Kurz nach 10.30 Uhr erscheint der Präsident Costa (Portugal) auf seinem Platz, und die Mitglieder des Rates betreten einer nach dem anderen den Saal. Zuerst Lundén, dann Briand, dann Chamberlain. Langsam nehmen sie ihre Plätze ein. Der Präsident fordert Chamberlain auf, als Berichterstatter der Aufnahmekommission den Bericht zu erstatten. Chamberlain bestiegt die Tribüne und bittet die Vollversammlung, vor seinem Bericht eine Erklärung des brasilianischen Vertreters entgegenzunehmen. Nun bestiegt

Mello Franco

die Tribüne. Bleich und erregt hält er sein Manuskript in der Hand und liest die wenigen Sätze mit außerordentlicher Bewegung kurz und abgehackt. Er sagt, daß die Erweiterung des Rates und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht nur ein Problem für die europäischen Staaten sei, die südamerikanischen Staaten seien in gleichem Maße daran interessiert, vor allem Brasilien. So hoch er auch den Geist von Locarno einschätze, so stehe der Geist des Völkerbundes doch über dem Geist von Locarno. Brasilien habe das Recht, seinen Standpunkt im Völkerbund zu ver-

treten. Die Instruktionen, die er von seiner Regierung erhalten habe, seien unwillkürlich und änderten nichts an dem Standpunkt, den Brasilien bisher eingenommen habe. Mello Franco verwies auf die vor einem Jahre erteilte Antwort an Deutschland, in der die Zustimmung seiner Regierung zur Erstellung eines ständigen Rates nur im Prinzip ausgesprochen worden sei. Der leitende Gedanke der brasilianischen Regierung sei dabei gewesen, daß der Völkerbundrat allgemein reorganisiert werden müsse, und zwar nicht nur im europäischen, sondern auch im Interesse seiner anderen Mitgliedsstaaten. Das sei eine Grundbedingung zur Verwirklichung des Völkerbundesgeistes und des Geistes von Locarno. Die amerikanischen Staaten, insbesondere aber Brasilien, das die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit in seiner Verfassung bereits verankert habe, würden auf dem bisherigen Wege unbeliebt weiterarbeiten. Sie müßten aber eine bessere und größere Vertretung im Völkerbundrat verlangen. Er bedauerte dann, daß durch die gegebenen Umstände der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verzögert wird und erklärte zum Schluss, sein Veto gegen eine Veränderung des Rates im gegenwärtigen Augenblick und in der geplanten Weise sei unwillkürlich und endgültig.

Auf diese Ausführungen Mello Francos folgt mit einer in der Form zurückhaltender, aber von sichtbarer innerer Bewegung getragenen Erklärung

Chamberlain,

der nicht vom Manuskript abliest, sondern frei spricht. Der englische Außenminister stellt fest, daß der Aufnahmearbeit auf alle Fragen über den deutschen Aufnahmearbeit bejahende Antworten abgegeben und die Annahme des deutschen Aufnahmearbeit einstimmig empfohlen hat. Deutschland habe von Anfang an eine natürliche und vernünftige Bedingung an seinen Eintritt geknüpft, die Erlangung eines ständigen Rates, der ihm mit Rücksicht auf seine große Bedeutung in der Welt unbedingt zukomme. Er, Chamberlain, empfinde es als eine Pflicht der Loyalität gegenüber Deutschland, zu erklären, daß die bedauerlichen Mißerstände und Schwierigkeiten, die sich seit dem Eintreffen beider Teile in Genf auf beiden Seiten gezeigt hätten, durch das Zusammenwirken aller Beteiligten aus dem Wege geräumt worden seien. Hier wurde Chamberlain von lebhaftem Beifall unterbrochen, der sich zu einem Sturm steigerte, als er den Edelmut zweier Ratsmitglieder, Schwedens und der Tschechoslowakei, pries, die durch ihr Opfer die Beilegung aller Schwierigkeiten ermöglicht und eine Katastrophe abgewendet hätten, „die uns alle betraf“. Er spreche für England und sämtliche Dominionen, wenn er mit Befriedigung feststelle, daß

das Werk von Locarno dadurch gereifet

worden sei und die Gefahr vermieden wurde, daß Europa von neuem in zwei Lager gespalten werde. Nicht nur als Berichterstatter der Kommission, sondern im Namen Großbritanniens müsse er aber zugleich seine bittere Enttäuschung aussprechen, daß trotz dieser Uebereinstimmung aus den Gründen, die in der Versammlung soeben verlesen wurden, die Aufnahme Deutschlands jetzt nicht vollzogen werden könne. Er schloß mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß die Vertagung zur Sicherstellung des deutschen Eintritts in den Völkerbund bei der nächsten Session dienen werde.

Die Erklärungen Chamberlains machten schließlich tiefen Eindruck auf die Versammlung, die seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall unterstrich. Briand, Dandurand (Kanada) und andere Delegierte tauschten mit Chamberlain einen Händedruck. Nach der Uebersetzung der Erklärungen Chamberlains bestieg

Briand,

von starkem Beifall der Versammlung begrüßt, die Rednertribüne und erklärte zunächst, daß er sich den Ausführungen des englischen Außenministers durchaus anschleße; auch er sprach Schweden und der Tschechoslowakei den Dank für ihre großmütige Haltung aus.

Briand erklärt gleichfalls, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden müsse. Bedauern und Hoffnung beherrscht die Versammlung zurzeit. Als man nach Genf kam, so sahete Briand aus, gab es Schwierigkeiten im Rat, gab es auch Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, die durch Mißerstände noch vertieft wurden. In Genf ist im Geiste der Verständigung gearbeitet worden. Die Schwierigkeiten verminderten sich von Tag zu Tag, verschwanden schließlich völlig. Es wurde eine Uebereinstimmung erzielt, nach der das Werk von Locarno durch die Aufnahme Deutschlands gekrönt werden sollte. Doch war dies nicht ohne Opfer der Herren Lundén und Beneck möglich, denen hohe Ehre gezollt sein soll für die großen Dienste, die sie dem Völkerbund geleistet haben. Der Dank aller Völker ist ihnen sicher. (Lebhafter Beifall.) Die Lösung schien gefunden, leider war das ein Irrtum. Heute stehen wir vor der Unmöglichkeit, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Aber ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben.

das Friedens- und Verständigungswort ist nicht zerstört.

Ich bin aus tiefstem Herzen überzeugt, daß wir aus dieser delikaten Situation ohne Nachteil für unser gemeinsames Friedenswerk hervorgehen werden. Aus darf nicht ein Geist der Katastrophe be-

Die letzten Stunden!

Ein glänzendes Ergebnis am Dienstag!

In Berlin bringt bei den Eintragungen zum Volksbegehren jeder Tag neue Ueberraschungen. Für Dienstag durfte man erwarten, daß die Zahl der Eintragungen gegenüber dem Montag beträchtlich zurückbleiben würde. Der Dienstag hat ein geringeres Tagesergebnis gebracht, aber das Dienstagsergebnis bleibt nur ganz wenig hinter dem Montagsergebnis zurück. Gebaut wurden am Montag 185 777 Eintragungen, am Dienstag immer noch 173 748 Eintragungen, und in den dreizehn Tagen vom 4. März bis zum 16. März nun bereits

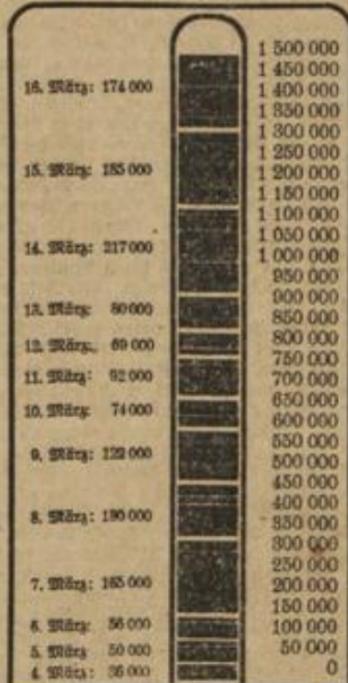
1 451 209

Eintragungen. Die Schar derjenigen, die bereit sind, sich dem Volksbegehren anzuschließen, ist offenbar noch lange nicht bis auf den letzten Mann und die letzte Frau herangeholt. Bei eifriger Werbearbeit dürfen wir erwarten, daß am heutigen Mittwoch, dem letzten Tag der Eintragungen, die Gesamtzahl die anderthalb Million überschreitet.

Bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 erhielten in Berlin Sozialdemokraten, Kommunisten, Unabhängige, Demokraten und Zentrum zusammen 1 426 995 Stimmen. Diese Zahl wurde schon gestern durch die Zahl der Eintragungen um 24 214 überschritten!

(Die Ergebnisse aus den Verwaltungsbezirken siehe 2. Seite.)

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Nur noch bis 8 Uhr dauert die Eintragungsfrist! Mahnt die Säumigen!

herrschen. Man hat mich einen unverbesserlichen Optimisten genannt; sogar in dieser schwierigen Situation, in der wir uns jetzt befinden, glaube ich nicht, daß der Völkerbund ernstlich Schaden leiden wird. Zu hoch hat er bisher geleistet, um durch vorübergehende Schwierigkeiten ernstlich zu leiden. Ich empfinde als Franzose besonders tief und schmerzhaft die Grausamkeit der Ereignisse und das tiefe Bedauern, daß Deutschland in den Völkerbund und im Rate noch nicht mit uns arbeiten können. Deutschland hat ernstlich und loyal in Locarno mit uns verhandelt und ein Abkommen mit uns geschlossen. In der Atmosphäre des Völkerbundes hätten wir uns weiter mit ihm in erster Arbeit gefunden.

Ich war und bin ein leidenschaftlicher Verehrer des Verständigungswerkes

... kann die Hoffnung auf sein Gelingen noch nicht aufgeben. Es ist notwendig, alle Kraft einzusetzen, um alle vor uns stehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutsche Delegation hat sich das große Verdienst erworben, indem sie am gestrigen Tage die Initiative ergriffen hat, um das Locarno-Abkommen vor dem Scheitern zu retten.

Am Schluß seiner Rede verlas Briand unter lebhaftem Beifall folgende

Entschließung:

„Die Versammlung bedauert, daß die bis jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten es nicht ermöglichen, das Ziel zu erreichen, für welches Deutschland nach Genf eingeladen worden war. Die Versammlung drückt den Wunsch aus, daß diese Schwierigkeiten bis zur ordentlichen Septembersession der Völkerbundsversammlung überwunden sein werden, damit dann zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden kann.“

Der Präsident erklärte, daß die Versammlung nach der Diskussion zu diesem Antrag Stellung nehmen werde.

Hierauf sprach der Vorsitzende des Völkerbundsrates, Graf Björl.

Jhü

spricht ebenfalls sein Bedauern über die Entwicklung der Dinge in Genf aus und macht den Vorschlag, den Völkerbundrat zu reorganisieren, indem er den von der deutschen Delegation zur Debatte gestellten Vorschlag, auf Schaffung einer besonderen Studienkommission zum Antrag erhob. Noch in dieser Session sollte diese Kommission gebildet werden und bis zur Septembertagung der Völkerbundsversammlung ihre Aufgabe beendet haben. Auch Jhü macht Anden und Bensch, sowie ihren Ländern sein Kompliment.

Es folgt als nächster Redner der schwedische Außenminister Anden.

dessen Stimme durch eine soeben überstandene Erkältung so geschwächt ist, daß er nach einigen einleitenden Worten keine Erklärung vorlesen läßt. Er weist in dieser Erklärung in ebenso entschiedenen wie kurzen Worten darauf hin, daß das einzige Ziel der Märztagung des Völkerbundes die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat gewesen sei, durch dessen Vollzug die Universalität des Völkerbundes, sein höchstes und ideales Ziel, in sichtbare Nähe gerückt worden wäre. Anden spricht dann seine tiefe Enttäuschung über das Scheitern dieser so wichtigen Verhandlungen aus, die auf Schwierigkeiten zurückzuführen seien, bei denen nationalistiche und Einzelinteressen eine erhebliche Rolle spielten.

Caballero-Paraguay verliest dann im Namen von Chile, Columbien, Cuba, Guatemala, Nicaragua, Panama, Paraguay, der Dominikanischen Republik, Benizuela und Uruguay eine verhältnismäßig scharfe gegen die Haltung des brasilianischen Delegierten gerichtete Erklärung, deren formeller Teil Dienstag vormittag zur Kenntnis Mello Francos gebracht worden sei.

Es folgen dann Erklärungen von Kotta-Schweiz und London-Holland, die vor allem der tiefen Bestürzung der Versammlung über das Scheitern der Verhandlungen Ausdruck verleihen.

Die Vorkommnisse hat schließlich den Antrag auf Vertagung der Aufnahme Deutschlands sowie den Antrag Jhü auf Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der Erweiterung des Rates angenommen. Die deutsche Delegation verläßt heute abend Genf.

Locarno über Genf.

Erst Europa, dann Völkerbund!

Die Genfer Tagung endet mit einer schweren moralischen Niederlage des Völkerbundes, so wie er ist.

Aber der Völkerbund, so wie er ist, ist niemals unser Ideal gewesen. Wir sehen in ihm nichts anderes als den kümmerlichen und etwas chaotischen Anfang einer notwendigen neuen Entwicklung.

Auch die Demokratie ist ein Stück dieser notwendigen neuen Entwicklung, und der Sozialismus ist seine Krönung. Ist die Demokratie, bevor sie sich in den Hauptländern der zivilisierten Welt durchsetzen konnte, von Krisen verschont geblieben? Und hat der Versuch der Bolschewiki, den Sozialismus nach der Methode der Zarenkafise zu verwirklichen, nicht zu entsetzlichen Krisen geführt? Wer will deshalb aufhören, Demokrat und Sozialist zu sein?

Wer will aufhören, ein Anhänger des Völkerbundgedankens zu sein, weil die Unvollkommenheit seiner Verwirklichung in Genf trutzutage getreten ist?

Jetzt rächt sich der Fehler, daß man den Bau des Völkerbundes beim Dach angefangen hat, statt bei den Grundmauern.

Der Völkerbund ist aus dem Weltkrieg entstanden. Hätte er sein sollen, was zu sein er vorgab, so hätte sein Aufbau mit der Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes zwischen den Völkern beginnen müssen, die der Weltkrieg auseinandergerissen hatte.

Dieser wirkliche Friedenszustand ist aber weder in Versailles, noch in Genf geschaffen worden. Erst in Locarno wurde mit ihm ein Anfang gemacht. Der Rheinpakt sichert Frankreich gegen einen deutschen Revanchekrieg und Deutschland gegen die Veruche, das Rheinland von ihm loszulösen. Es schafft im Westen gesicherte Gebietsverhältnisse. Zugleich haben die mit Polen und der Tschechoslowakei geschlossenen Schiedsverträge die Pflicht zur friedlichen Austragung von Konflikten zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn auf friedlichem Wege vertraglich festgelegt.

Für uns Deutsche sind die Verträge von Locarno Kern und Stern der Völkerbunds politik. Wir mögen es begrüßen, wenn der Völkerbund Konflikte, die in Ostasien oder in Afrika oder sonstwo entstehen, friedlich schlichten kann, aber wir sind nicht unmittelbar daran interessiert. Unmittelbar sind wir aber daran interessiert, daß im europäischen Umkreis Deutschlands Frieden herrscht, daß wir zu erträglichen Nachbarverhältnissen gelangen und so, durch eine vernünftige Außenpolitik die Voraussetzung schaffen für die Überwindung der Wirtschaftskrise und für den sozialen Aufstieg der arbeitenden Massen.

Für uns beginnt der Völkerbund mit dem Bund der Völker Frankreichs und Deutschlands. Sind Deutschland und Frankreich einig, dann droht dem europäischen Frieden keine Gefahr. Darum müssen die Anstrengungen der Deutschen und der französischen Sozialisten jetzt mehr denn je darauf gerichtet sein, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Völkern zu fördern und das Werk von Locarno über die Krise des Völkerbundes hinauszureiten.

Die Erklärung der Rheinpakt-Mächte, an Locarno festzuhalten, schafft keine unbedingte Beruhigung. Zu den Rheinpakt-Mächten gehört ja auch merkwürdigerweise als Garant das faschistische Italien. Aber das ist nicht die einzige Gefahr. Schlimmer sind — bei der Unsicherheit der innenpolitischen Verhältnisse haben und drüben — der französische und der deutsche Nationalismus.

Ihm gilt jetzt vor allem der Kampf. Diesen Kampf kann man aber nicht führen, wenn man nach kommunistischer Methode die Argumente des Nationalismus gegen die deutsch-französische Verständigung nachbetet und von einem deutsch-russischen Bündnis gegen den Westen schwärmt.

Rein, die Aufgabe der Sozialisten ist es nicht, die Regierungen von dem Weg von Locarno wegzubringen; ihre

Aufgabe ist es, sie auf diesem Wege festzuhalten und weiterzutreiben.

Weil die deutsche Delegation an Locarno festhält, weil sie an der Völkerbunds politik festhält, wird sie von der nationalistischen Reaktion bei ihrer Rückkehr aus Genf mit einer Sturmflut von Schmähungen empfangen werden. Damit ernten Herr Luther und Herr Stresemann, was sie gesät haben. Sie haben früher selber dem Nationalismus so viel Konzessionen gemacht, daß sie sich über die Heftigkeit dieser Angriffe nicht beschweren können. Aber deswegen darf unsere klare Kampffront gegen die nationalistische Reaktion nicht verwischt werden! Und würde die gegenwärtige Regierung stürzen, so könnten wir als ihre Nachfolgerin nur eine Regierung bilden, die noch klarer und noch energischer das Werk der Verständigung mit unseren Nachbarn betreibt und an der notwendigen inneren Erneuerung des Völkerbundes aufrichtig mitzuarbeiten bereit ist.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hätte heute erfolgen sollen. Heute hätten die Verträge von Locarno in Kraft treten sollen. Es ist einstweilen nichts daraus geworden, weil — Brasilien es nicht erlaubt. Alles ist bis zum September vertagt, und so liegt ein halbes Jahr voll Spannungen und Gefahren vor uns. Es kann nur überstanden und überwunden werden durch enge Zusammenarbeit der Deutschen und der französischen Sozialisten, durch die höchste Aktivität der Sozialistischen Internationale!

Der Dienstag in Berlin.

Wir geben für die 20 Verwaltungsbezirke die Ergebnisse vom Montag und vom Dienstag und (in Klammern) die Summen von den ersten dreizehn Tagen.

	Montag	Dienstag	Bisl. eingez.
Mitte	13 579	13 247	(99 060)
Tiergarten	12 214	11 713	(91 060)
Wedding	19 780	18 067	(165 536)
Prenzlauer Berg	16 685	13 823	(138 970)
Friedrichshagen	17 818	15 839	(153 207)
Kreuzberg	18 766	16 756	(153 783)
Charlottenburg	14 020	13 834	(91 194)
Spandau	5 022	4 666	(38 560)
Wilmerdorf	5 209	5 170	(34 365)
Zehlendorf	761	804	(5 450)
Schöneberg	8 046	8 165	(61 656)
Steglitz	5 144	4 979	(32 410)
Tempelhof	3 187	2 639	(22 137)
Neukölln	16 018	13 002	(133 323)
Treptow	5 090	4 271	(41 206)
Cöpenick	2 832	2 508	(23 437)
Lichtenberg	8 184	11 616	(73 850)
Weißensee	2 964	2 703	(21 321)
Pankow	4 779	4 404	(31 740)
Reinickendorf	5 650	5 344	(35 971)
Groß-Berlin	185 777	173 748	1 451 209

Hamburg, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Antrag der Wahlberechtigten war im Groß-Hamburgischen Städtgebiet am Dienstag wieder gemallig. 46 800 jehneten sich in Hamburg, 8600 in Altona und 1600 in Wandsbek ein, so daß jetzt in Hamburg 340 000 Unterschriften = 43,86 Proz. der Wahlberechtigten, in Altona 58 200 = 44,25 Proz. und in Wandsbek 12 000 = 43,3 Proz. der Wahlberechtigten eingetragen sind. Die Stimmenzahl für Dollsbild und Kommunisten bei der Reichspräsidentenwahl ist damit in Hamburg um 6251, in Altona um 4688 Unterschriften überholt. Von den bei der Reichspräsidentenwahl von allen abgegebenen 544 981 Stimmen sind in Hamburg 61,26 Proz., von den 87 211 Stimmen in Altona 66,71 Proz. ausgebracht. Für den letzten Tag ist die Einzugszahl verlängert worden, weil für die letzten Stunden ein Ankurf erwartet wird.

Romain Rolland und unsere Jungen.

Von Lobe Frank.

Die Idee der Völkerverbrüderung ist den Lehrern unsympathisch. Die wenigen Ausnahmen kann man kaum nennen. Die Lehrer fürchten vielleicht, die Weltgeschichte, d. h. das Geschrei von Krieg und Sieg, könnte ein Ende nehmen, und man hätte dann nichts mehr im Unterricht, die Jugend zu begeistern. Von der akademischen Lehrerschaft ist das noch zu verstehen, denn sie lebt in der Einbildung, die Rechte und Güter der herrschenden Klasse verteidigen zu müssen. Auch natürlich wiederum mit spärlichen Ausnahmen. Aber daß die Volksschullehrer Deutschlands heute noch Kriegsparteiler sind — mit wenigen Ausnahmen — das läßt auf eine Grundleit und Ziellosigkeit der Seminarerziehung schließen, die Bewunderung verdient, wenn sie nicht allen menschlichen Idealen ins Gesicht schlägt.

Wo ist in den Schulen der französische Menschen- und Friedensfreund Romain Rolland lebendig gemacht worden als heldisches Vorbild für die Verständigung der Völker, jener Voraussetzung gegen Krieg und Unheil? In seinem Geburtstag wenigstens, als das geistige Deutschland den Bruder jenseits der Grenze die Hand reicht? Wieviel Gedenksternchen vom eine als liberal und fortschrittlich geradezu berühmte Stadt wie Frankfurt in seinen Schulen erlebt haben im Januar dieses Jahres? Und war nicht der Volkstrauertag außerordentlich geeignet, des edlen Mannes zu gedenken, der Deutschland mit seiner Seele geküßt und ausgezeichnet hat? Das Flugblatt des „Völkerbundes für Kriegsgräberfürsorge“, das in alle Schulen verstreut worden ist, läßt ahnen, was man von der Schule erwartet an einem solchen Tage. Nichts als Blutgeschrei, verdeckt durch Phrasen vom Geiste der Gefallenen, einem zerbrochenen Deutschland und einem Aufstieg durch die Jugend! Hat eigentlich das Gesetz zum Schutz der Republik keine Paragraphen, um solchem Unfug zu Leibe zu gehen? Wer unsere Jugend zum Bluttrank erzieht, sollte mit Zuchtlosigkeit unter sechs Monaten bestraft werden.

Daß auch Volksschüler dem Menschheitsfreunde in Genf zu seinem Geburtstag gratuliert haben, braucht die militärischen Schulmeister nicht zu erschrecken. Einfach und knobenhaft haben sie ihm geschrieen, daß sie von ihm gehört hätten und daß sie ihn verehrten, weil er ein Freund des Friedens sei und dazu beitrage, die Engelsochse zu erfüllen: Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Romain Rolland hat ihnen allen eine Antwort zugehen lassen. So schrieb er einem: Du reichst mir die Hand. Ich drücke sie. Und nun ergreife die Hand eines anderen Deiner Gefährten. Und dieser wieder die eines andern usw. Und ich werde hier daselbe tun mit meinen französischen Mitmenschen. Lassen wir uns nicht mehr einfangen. (Von den Kriegshehnen.) Frankreich und Deutschland, wir sind eins.

Oder einem anderen antwortete er: Du hast die Art eines entschledenen Knaben, der weiß, was er will, und der es fest will. Be-

halte Deinen Charakter und unterrichte Dich gut über alles. Das ist das Richt auf unserem Wege. Ohne dieses Richt würden wir in Gefahr kommen, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Sehen und Wollen, lieber Erich! Ein dritter erhielt folgenden Brief: Ich will Dir das Geheimnis sagen, die Welt zu sehen, wie sie ist, und sie dennoch zu lieben. Man muß versuchen, sich in die Stelle eines jeden zu denken, den wir zu beurteilen haben. In jedem gibt es etwas Gutes — vielleicht nicht viel. Aber es ist ein Grund, ihn zu lieben.

Die Zahl der Deutschen auf der Erde.

Die wichtigste Tatsache in der europäischen Bevölkerungsbewegung nach dem Kriege ist die, daß in den an dem großen „Aberloß“ beteiligten mitteleuropäischen Ländern die Bevölkerung wieder bedeutend zugenommen hat. Die alleinige Ausnahme ist Frankreich, wo die Gesamtbevölkerung jetzt kleiner ist als vor dem Kriege, trotzdem Elsaß und Lothringen hinzugekommen sind. Allerdings hat das Tempo der Vermehrung in der letzten Zeit nachgelassen. Unter diesen Umständen ist es von besonderem Interesse, einmal die Zahl der Deutschen auf der Erde abzuschätzen. Dies versucht Alfred Birth in seiner „Deutschen Geschichte von 1870 bis zur Gegenwart“, die bei Alfred Kröner in Leipzig erschienen ist. Zunächst gibt er eine Zusammenstellung über die Bevölkerungszahlen innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, wie sie sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben. Zur Zeit des Arminius wurde Deutschland nach Schätzungen von 5 Millionen Menschen bewohnt, zur Zeit Luthers von 15 Millionen. Nach dem Dreißigjährigen Kriege war diese Zahl stark zurückgegangen, so daß man die Bevölkerung Deutschlands nur noch auf 5 bis 8 Millionen schätzte. 1720 waren es 16 Millionen, 1800 24 Millionen. Die Zahl der Deutschen, die am 1. Dezember 1871 in dem neugegründeten Reich wohnten, belief sich auf 41,1 Millionen. 1880 waren es 45,2 Millionen, 1890 49,4 Millionen, 1900 56,4 Millionen, 1910 64,9 Millionen, am 1. Juli 1914 67,8 Millionen. Die Volkszählung in dem verkleinerten Deutschen Reich ergab am 16. Juni 1925 mit dem Saargebiet 63 225 000 Seelen. Der Krieg brachte einen Verlust von rund 2 Millionen, dem jedoch Geburtenüberschüsse von rund 2½ Millionen gegenüberstanden. In dem stammesverwandten Oesterreich wohnen gegenwärtig 6,6 Millionen Menschen; darunter sind aber annähernd ¼ Million Juden, Hunderttausende von Tschechen und eine Anzahl von Mitgliedern anderer Rassen. In der Tschechoslowakei leben 3,3 Millionen Deutsche, in der Schweiz 2,6 Millionen; die Zahl der Deutschen in Polen schätzt man auf 2 Millionen, in Rußland auf 1½ Millionen, in Rumänien auf 1 Million, in Südsibirien auf über ½ Million, in Ungarn auf 1,55 Millionen, auf ebensoviele in Frankreich; in Italien gibt es annähernd ¼ Million Deutsche. Geringere Mengen leben in Belgien, Holland, Dänemark und anderen Staaten. Von auhereuropäischen Ländern kommen vor allem die Vereinigten Staaten in Betracht. Es ist uns aber so gut wie unmöglich, die Zahl unserer Volksgenossen dort genau festzustellen. Daher schwanken die Schätzungen sehr bedeutend, zwischen 3 und 10 Millionen. In Kanada ist die Zahl unserer Landsleute durch jüngste Einwanderungen auf 400 000 angeschwollen, in Brasilien darf man eine Ziffer von 600 000 Deutschen, in Argentinien von 80 000 Deutschen, in

Chile von 35 000 Deutschen und in Mexiko von 30 000 annehmen. In Südafrika zählte man früher gegen 40 000 Deutsche, in Australien 100 000. Die heutigen Ziffern stehen nicht fest, ebensowenig wie die von Sibirien, wo es früher 120 000 Deutsche gab. Im ganzen glaubt Birth die Gesamtziffer aller Deutschen auf der Erde mit etwa 90 bis 95 Millionen angeben zu können.

Bibliothek im Autobus. In Amerika hat sich die wandernde Bibliothek im Autobus längst einen — wenn man so sagen darf — festen Platz erworben. Jetzt gehen auch englische Unternehmer mit dem Gedanken um, die gleiche Methode der englischen Bandbibliothek zugute kommen zu lassen. In Amerika sind diese Wanderbibliotheken durchweg in einem billigen Eintonnenstimmwagen untergebracht, der zugleich Reise- und Aufenthaltsraum des Bibliothekars ist, der übrigens in den meisten Fällen eine Frau ist. Die Autobusse richten ihre regelmäßigen Routen so ein, daß sie die einzelnen Bezirke, Dörfer, Farmen und Hotzfallerstationen jeweils an bestimmten Tagen der Woche aufsuchen und dabei nicht nur die geliehenen Bücher gegen neue umtauschen, sondern auch bereitwillig Wünsche für die weitere Ausstattung der Bibliothek entgegennehmen. Außerdem treten sie auch auf Wunsch als Buchhändler, selbstverständlich mit Katalogen, in Funktion. Wenn gleich derartige Unternehmungen besonders hohen Nutzen in Gegenden mit besonders geringer Bevölkerungsdichte tragen können, so gibt es doch auch in Deutschland noch genügend derartige Gebiete, wo ähnliche Unternehmungen nicht nur einen guten Profit erzielen, sondern auch nicht zu unterschätzende Kulturträger werden könnten.

Der Züricher Feuerbestattungsreform. Trotz der rapiden Zunahme der Einäscherungen in den meisten Ländern überwiegt überall bei weitem noch die Zahl der Erdbestattungen die der Einäscherungen. Das Jahr 1925 hat zum ersten Male für eine europäische Hauptstadt das umgekehrte Ergebnis gebracht. Und zwar in Zürich, der großen schweizerischen Metropole. Von einer Gesamtzahl von 2411 Bestattungen im Züricher Stadtgebiet entfielen 1925 auf die Feuerbestattung 1234, auf die Erdbestattung 1177 Fälle. Dieses Ergebnis darf die überall kräftig aufstrebende Propaganda für die Feuerbestattung, deren Zentrum einmal Zürich war, als großen Erfolg buchen.

1¼ Millionen für einen Rembrandt. Das seit zweihundert Jahren im Besitz der schwedischen Familie Wachtmeister befindliche Bildnis eines jungen Mannes von Rembrandt ist, wie der „Kunstwanderer“ mittelt, für den exorbitant hohen Preis von 410 000 Dollar nach Amerika verkauft worden. Der schon vor Monaten vorgenommene Verkauf ist erst jetzt nach Erledigung der Ausfuhrschwierigkeiten bekannt geworden.

Das Metropol-Theater wird die Revue „Die Nacht der Nächte“ ab 1. April mitspielen. Das Metropol-Theater kehrt damit zu seinem früheren Ruhmestage der Revue zurück.

Oskar Jacoby, der Vortragsträger vom Rhein, gibt am 20. und 21. abends 8 Uhr, im Schiller-Saal (Staat. Schiller-Theater) einen wichtigen Abend in Wort und Lied. Vorverkauf: Theaterkassen Weidmann und Holz und Bod.

Klänglich!

Ein Wort an die Kommunisten.

Die Kommunisten sind bisher in der großen Volksbewegung für die Fürstenteilung in Reich und Glied marschierender Heber kleine Versuche zu „Enlarungsmandatoren“ und ähnlichen Ueberbleibseln Moskauer Taktik soll nicht geredet werden. Dem Eindruck dieses Marschierens in Reich und Glied können sich die Kommunisten nicht entziehen. Was man doch in ihren Anweisungen für die Agitation:

„Ob tehrte auch das Argument wieder: „Ob man sich einträgt oder nicht — alles bleibt doch beim alten!“ Wo — Aufklärung über den Wert der Demokratie und des Parlamentarismus als Beweis für revolutionäre Teilforderungen!“

Sie sind in Reich und Glied marschierend für eine demokratische Forderung, für die Befundung republikanischer Gesinnung gegen Fürstenansprüche und Fürstenhoffnungen. Die Eintragungsbewegung für das Volksbegehren ist eine gewaltige Befundung demokratischer Gesinnung und demokratischer Reife des Volks.

Diese politische Reife fehlt jedoch den Redakteuren der „Roten Fahne“. Mit einem kläglichem Taschenspielerkunststückchen erzählen sie heute, die Eintragungsbewegung sei ein Protest gegen die Socarno-Politik.

Das Volk, das seine politische Mündigkeit eben so glänzend dokumentiert hat, hat die Redakteure der „Roten Fahne“ nicht zu Interpretieren seines Willens bestellt. Es ist keine träge, ungeistige Masse, an deren Spitze man bald diese, bald jene kommunistische Parole sehen kann. Es nimmt solche Taschenspielerkunststücke mit Kopfschütteln und Gelächter auf — wir nehmen an, auch die kommunistischen Arbeiter werden dasselbe tun.

Ein großes Volksbekenntnis zur Demokratie ist erfolgt — und dieses Bekenntnis sollte eine Demonstration gegen internationale Demokratie sein? Geht doch, das ist ihr klägliches Manöver, ihr habt wahrhaftig noch viel zu lernen. Das Volk ist reifer als ihr!

Der natürliche Tod Matteottis.

Wie ihn die Mörder vorlägen.

In der ersten Sitzung des Prozesses wegen des Mordes an Matteotti machte der Hauptangeklagte Dumini u. a. folgende Aussagen: Nach einer Reise, die mich nach Frankreich führte, gewann ich die Ueberzeugung, daß zwischen gewissen aufrührerischen, nach Frankreich ausgewanderten Italienern und der unitarischen sozialistischen Partei, in der Matteotti eine der Hauptrollen spielte, ein Einvernehmen erzielt. Nach der Ermordung des sozialistischen Botschafters in Paris habe ich einen Auffichtsdiener mit Matteotti eingerichtet. Dieser wurde mit einem Automobil entführt und weit von Rom gebracht in der Absicht, Kunststücke über seine Handlungen von ihm zu erlangen. Matteotti starb während der Fahrt infolge eines Sturzstuns. Aus Furcht vor möglichen Folgen begruben meine Kameraden und ich die Leiche und verbrannten und zerstörten die Kleider. Dumini sagte noch, er übernehme die volle Verantwortlichkeit für die Entführung Matteottis.

Letzter Tag.

Der Kampf des Volkes gegen den fürstlichen Alptrud geht seinem Ende zu. Glänzende Arbeit wurde in den verflochtenen vierzehn Tagen geleistet, und man kann wohl sagen, daß die Front der monarchistischen Verbummungsspekulanten endlich durchbrochen ist. Da lohnt es sich schließlich noch, an folgendes zu denken.

Die wirtschaftliche Lage der weitaus meisten Gemeinden ist eine recht unangenehme geworden, mögen sie groß oder klein sein: alle fühlen die Folgen der Inflationszeit und die Wirkungen der nun schon so lange währenden Wirtschaftskrise. Unter diesen Umständen sollte man meinen, daß die einfache Ermüdung, die ungeheuren Kapitalien und Vändereien, die von den Fürsten beansprucht werden, könnten, für das Allgemeinwohl nutzbar gemacht, eine Vinderung der Lasten herbeiführen — auch für diejenigen in die Wogchale fallen müßte, deren „monarchisches Empfinden“ noch so unerschütter ist, daß sie selbst Deserteuren das denkbar Beste wünschen. Man weiß, daß gerade in den Gemeindeperspektiven die rechtsgerichteten, gewöhnlich die wohlhabenden Kreise vertretenden Mitglieder sich sehr erkaunt und unwillig zeigen, wenn die wahren Vertreter des arbeitenden Volkes Forderungen erheben, die zur Sicherung der Volksgesundheit, zur Erhöhung der Volksbildung, zur Ausbeutung praktischer Kenntnisse usw. dienen sollen. Dann beginnt gewöhnlich ein großes Wehklagen über die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde, über die Unmöglichkeit, das geforderte Geld aufzubringen. Daneben hört man natürlich auch noch die Urteile, daß früher „so etwas“ nicht gefordert wurde, daß „so etwas“ auch nicht nötig sei. Diesen finanziell so besorgten und zurückhaltenden Vertretern wird man in Zukunft mit vollem Recht entgegenhalten: wo war es, als das Volksbegehren dem Volke die Möglichkeit bot, seit Jahrhunderten mit allerlei Mitteln aufgespeichertes Fürstenermögen für das Volk nutzbar zu machen? Ihr müßt ja im Gelde schwimmen, wenn ihr damals verlangt habt. Die zurückhaltende Stellung der reaktionären Kreise zum Volksbegehren ist denn auch weniger von der doch schon recht brüchig gewordenen Liebe zu den Ex-Potentaten diktiert, sondern vielmehr von der Ermüdung, daß die in Frage stehenden ungeheuren Kapitalien dem Kampf gegen die Republik dienen sollen. Zum Kriegsjahren gehört Geld und dieses Geld in die Hände der Fürsten zu spielen, ist der Wunsch aller Reaktionäre. Sie finden schon Mittel und Wege, um sich ihren Anteil zu sichern: das Volk oder soll zahlen. Darum war es höchste politische Pflicht, diesem Fürstenbegehren das Volksbegehren gegenüber zu setzen. Noch heute ist Zeit, durch Einzeichnung in die Listen das Astenat auf die Republik abzuwehren.

Aus den Einzelhaunungsstufen.

Auch in Charlottenburg zeigte sich am gestrigen Dienstag ein Andrang zu den Einzelhaunungsstellen für das Volksbegehren, wie er bisher noch nicht dagewesen war. Wahre Völkerwanderungen erfüllten die Straßen, in denen die Eintragungsräume liegen. Da jedoch ausreichend Listen vorhanden waren, wickelten sich die Eintragungen schnell und reibungslos ab. Viele Einzelhaunungsstellen dabei erkennen, daß ihnen erst in letzter Stunde aufgegangen war, warum es eigentlich geht. „Ach will aber, daß die Fürsten nichts kriegen; ist diese Liste auch dafür richtig?“ wurde gefragt, und die Antwort, daß nur die Liste des Volksbegehrens ausläge, durch die erst das Verlangen des Volkes nach einem solchen Entscheid ausgesprochen werden sollte, erregte einige Entrüstung. „Na, warum denn nicht gleich richtig.“ Ein altes Mütterchen aber fragte am Eingang einer Eintragungsstelle, ob denn der Kaiser nun umsonst arbeiten solle. Man machte ihr klar, daß es sich um Aufzeichnung handelte, gerade so wie bei ihrer Kriegsanleihe. Ja, sie hatte einmal 1000 Mark dafür gezeichnet und die, ihre ganzen Ersparnisse, nun verloren. Aber doch der Kaiser alles Geld wieder-

haben wollte, wenn sie es nicht kriegen, wollte sie nicht ganz glauben. „Er ist doch so gut, und in Holland ist er doch jetzt ganz arm und muß selber sein Holz hauen.“ Erst als andere ihr den Milliardenbezug der Fürsten bestätigten und ein Mann ihr Bilder aus Doorn zeigte, die immerhin die Arbeit des dortigen Wäldchens nicht so ganz deutlich machten, schüttelte sie den Kopf: „Rein, das hätte ich nicht von ihm gedacht!“ und ging entschlossen mit in den Eintragungsräum.

In Reinickendorf-Ost herrschte am Dienstag die gleiche große Beteiligung wie an den Vortagen. Alle Eintragungsstellen wiesen einen Massenandrang auf. Im Reinickendorfer Krankenhaus (früher Kreis-Krankenhaus) waren mehrere Helfer tätig, um Unterschriften von den Kranken zu sammeln. Eine keineswegs leichte Arbeit. Von Saal zu Saal, von Bett zu Bett schritten die Beamten und fast sämtliche Kranken genügten ihrer Volkspflicht. Von etwa 260 Patienten haben etwa rund 200 ihren Namen in die Listen geschrieben. Im katholischen Dominicusstift in Hermsdorf dagegen haben von etwa 90 Patienten höchstens 2 oder 3 ihre Unterschrift gegeben. In Hermsdorf selbst ist ein großer Erfolg erzielt worden. Bei der letzten Wahl erzielten SPD. und KPD. zusammen 2379 Stimmen. Diese Zahl ist mit 3750 Einzeichnungen schon erheblich überschritten und noch immer ist der Andrang sehr stark.

Besonders bemerkte man gestern die alten Leute, Kleinrentner und Unterstützungsempfänger, die in Gruppen den Eintragungsstellen zuströmten. So wurden in der Zeit von 1 bis 3 1/2 Uhr in der Culum-, Pallas-, Winterfeldt- und Süßowstraße 300 bis 350 alte Leute an jeder Stelle gezählt, die ihrer Einzeichnungspflicht genügten. Befragt, weshalb sie erst in den letzten Tagen kommen, gaben sie fast stets zur Antwort, gewarnt worden zu sein, da die Eintragung zur Kürzung ihrer Unterstützung führen könnte. Als sie aber den Schwindel merkten, hielten sie das Verstumme nach.

Unsere Genossen in Ober-Schöneweide veranstalteten gestern abend eine wichtige Demonstration für das Volksbegehren. Spielleute vom Reichsbanner gingen einem Zuge voran, der durch die Straßen zog und auf großen Schildern mit lapidaren Inschriften die Säumnigen daran ermahnte, daß es noch Zeit ist, sich in die Listen einzutragen. Eine riesige Menschenmenge schloß sich dem Zuge an. In Moerens Blumengarten endete der impulsive Zug, und Genosse Löwenstein nahm das Wort zu einem Vortrage, der von der Menge mit Begeisterung angehört wurde. Er zerplückte die Legende, nach der die Hohenzollern nationale und sittliche Vorbilder sind. An einer Reihe von Beispielen aus der Geschichte zeigte er, was diese Hohenzollern in Wirklichkeit waren: ein degeneriertes Geschlecht. Die Fürsten wären der Untergang des Reiches gewesen, wenn das Volk nicht rechtzeitig erwacht wäre und das Geschick abgelenkt hätte. Sehr gilt es, dem Monarchismus den letzten Rest zu geben. Das Volksbegehren muß zum Volksgebot werden. Nach dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede formierte sich die Menschenmenge zu einem Zuge unter Vorantritt der Spielleute des Reichsbanners.

Von der Frau, die es wußte.

Der folgende Fall, der aus einem Landstädtchen des Freistaates Braunschweig berichtet wird, dürfte noch manches Bruderbeispiel finden. Da erzählt eine alte Bauersfrau, als man zu ihr kommt und sie zur Einzeichnung auffordert, schlau und wie man ein Geheimnis verrät, und lacht dabei klüdernd: „Wissen Sie, unser Herzog kommt jetzt bald wieder, und das mit den Listen hat er nur gemacht, damit er weiß, auf wen er sich verlassen kann. Und den anderen, die sich eingeschrieben haben, wird alles weggenommen.“ Die Frau war nicht zu überzeugen, daß es anders wäre, und konnte nicht zum Einzeichnen gebracht werden. Denn sie war zehn Jahre Dienstmädchen bei Juristen in ihrer Jugend gewesen.

Auf dem Lande und in den kleineren Städten sind die Leute noch immer wie besessen von dem Fürstenaltdrud. Da die Fürstenheiler, deren Seruität oft sogar unheimlich und desto niedriger ist, dort viel mehr Raum für ihre Vorträge finden und mehr die Verleumdertrommel geschlagen haben als in Berlin, haben erst die letzten Tage den eigentlichen Erfolg und den größten Ansturm gebracht. Eine Mahnung für kommende Fälle.

Selbstmord auf offener Straße.

Steuerdefraudant Schulz?

Großes Aufsehen erregte heute morgen der Selbstmord eines unbekannten Mannes auf dem Platz vor dem Steintiner Vorortbahnhof. Streifenbeamte der Inspektion H. stehen in einem Hotel in der Eichendorffstraße auf einen Mann, der noch im Bett lag und erklärte, daß er keine Ausweispapiere besitze und in Berlin keine Wohnung habe. Die Beamten wiesen ihn an, aufzustehen und sich anzukleiden. Der Mann stand auch auf und kleidete sich an, entwich aber in einem unbeobachteten Augenblick auf die Straße und schoß sich, als er sich von den Beamten verfolgt sah, eine Kugel ins Herz. Auf der Rettungsstelle konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

In den Taschen des Mannes fand man jetzt Papiere, die auf einen 35 Jahre alten angeblichen Versicherungsbeamten Hermann Schulz lauten, der in Nieder-Schönhausen wohnt. Auf einem Telegrammformular stand ein Lebenslauf mit dem Zusatz: „Es ist alles Lug und Trug, ich nehme mein Geheimnis mit ins Grab.“ Unter dem Publikum, das sich zu Hunderten auf dem Platz ansammelte, verbreitete sich alsbald das Gerücht, der Selbstmörder sei der Steuerdefraudant Schulz, den die Kriminalpolizei ebenso wie den ungetreuen Stadtdirektor Gerhard sein Wohnen vergeblich sucht. Mit der Feststellung seiner Persönlichkeit beschäftigt sich noch der Erkennungsdienst.

Schlüchter Abschied.

Eine Größe der Deutschen Volkspartei, der Stadtorordnete von Cynern, hat die Tür des Berliner Rathauses von draußen zugemacht. Er hat sein Stadtorordnenmandat niedergelegt, an dem er nach der Schlage, die der Deutschen Volkspartei bei der Stadtorordnenwahl vom Oktober 1925 beigebracht wurde, keine Freude mehr gehabt haben dürfte. Herr von Cynern versuchte in der Stadtorordnenversammlung lange Zeit, den Besserverwiller zu spielen, aber viel Eindruck machte er damit nicht. Weiteren Kreisen wurde er bekannt, als es ihm im Jahre 1921 gelang, vor dem Oberverwaltungsgericht die Ungültigkeitserklärung für die ersten Stadtorordnenwahlen Groß-Berlins herbeizuführen. Bei der Reuwahl, die dann kam, erreichten die rechtsstehenden Parteien das, was der Zweck dieserhebung war: die bisherige Antismehrheit wurde durch eine Rechtsmehrheit abgelöst. Das Vergnügen dauerte aber nicht lange. Inzwischen hat die Stadtorordnenwahl von 1925 die Antismehrheit wiederhergestellt, und besonders die Deutsche Volkspartei ist dabei arg unter die Räder geraten. Sang- und klanglos sieht man jetzt ihren „Führer“ von Cynern dazuziehen.

Volkswirt Runneke vor Gericht.

Unter dem Vorhild des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig fand heute vor der großen Potsdamer Strafkammer der Verurteilungsprozess gegen den Volkswirt Runneke an. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Gerlach. Bekanntlich war Runneke wegen Beleidigung des Landrates des Kreises Jüterbog, Dr. Luthmer, vom Schöffengericht Wittenwalde im Dezember v. J. zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte Dr. L. als Nebenkläger Berufung eingelegt. Bevor in die Verhandlung eingetreten wird, versuchen beide Parteien Angebote zu machen, um eine Brücke für einen eventuellen Vergleich zu schlagen. Der Versuch mißglückt, so daß mit der Verlesung des über 60 Seiten langen Urteils begonnen wird. Vertreter der Potsdamer Regierung wohnen der Verhandlung bei. Der Angeklagte Runneke hat dem

Landrat allerhand unrette Transaktionen bei Finanzierung des Kreises vorgenommen. Für diese Behauptung hat der Angeklagte im vorigen Prozeß den Wahrheitsbeweis geführt, so daß Verurteilung nur wegen formaler Beleidigung erfolgt war. Zum heutigen Prozeß sind 9 Zeugen geladen. Es soll noch einmal versucht werden, einen Vergleich zu schließen. Scheitert dieser, so kann der Prozeß 10—14 Tage dauern; es ist auch bereits ein Ersahlschloße dafür bestellt worden.

Der Zehlendorfer Meineidsprozess.

Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung, die wiederum mehrfach durch Krampfanfälle des Angeklagten Dr. Höllcher unterbrochen wurde, machte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Toll, den Angeklagten eine Reihe Vorhaltungen zu ihren bisherigen Aussagen, unter Hinweis auf die gestrige Beweisaufnahme. Dem Angeklagten Szidat wurde vorgehalten, daß er sich entschieden sträube zuzugeben, auf kurze Zeit vom Bau fortzugehen zu sein, um vor dem Hause des Schiedsmannes zu warten, während er andererseits behauptet habe, er hätte seine Detektivbeobachtungen in Zehlendorf stundenlang machen können, da er als Vertrauensmann der Bauarbeiter zu jeder Zeit fortgehen konnte. Angeklagter Szidat bleibt dabei, daß er nicht vor dem Hause des Schiedsmannes gewesen sei. Sodann wird der Angeklagte Bierguy sehr in die Enge getrieben, als er ausging soll, daß er auch schon einmal mit anderen Frauen in dem Absteigequartier in der Kettenbestraße gewesen ist. Er will sich dessen nicht entsinnen, während er früher erklärt hat, er sei zweimal dort gewesen. Vorf.: „Haben Sie nicht auch einmal einen offenen Brief von Dr. Rucker an Dr. Höllcher überbracht, der sich auf die Ehescheidungsfrage bezog?“ Angekl.: „Rein, niemals.“ — Vorf.: „Herr Dr. Höllcher, wie ist das? In der Vorunternehmung haben Sie es behauptet.“ Angekl. Dr. Höllcher: „Ich kann mich nicht besinnen. Es wird wohl dann ein Kitefi des Dr. Rucker für meinen Ehescheidungsprozess gewesen sein.“ Sodann meldete sich die frühere Frau Dr. Rucker und erklärte, daß Steinbeiß und Fräulein von Rügen ihr mitgeteilt hätten, daß Bierguy ihnen einen Brief gezeigt habe, den er von Dr. Rucker an Dr. Höllcher überbringen sollte. Vorf.: „Es kommt nicht darauf an, ob es sich um ein Kitefi handelt, sondern wichtig ist, ob Bierguy es gewesen ist, denn Dr. Rucker hatte ausgesagt, daß er niemals mit Bierguy gesprochen habe.“ Kläglich gab dann der Verteidiger v. Damm die Möglichkeit zu, daß eine Briefüberbringung erfolgt sei. Dr. Höllcher habe, als er verurteilt war, seine Post an die Adresse von Bierguy gehen lassen.

Abschied von Andreas Kraus. Während draußen der Abend seine Schatten niederstente, versammelte sich in der Halle des Krematoriums Baumhulweg im Sorge Andreas Kraus eine zahlreiche Trauergemeinde, dem toten Kämpfer die letzte Ehre zu erweisen. Für den Verein der Freienden rief Genosse Roth dem Toten ehrende Worte nach. Sein Leben war Kampf vom Beginn bis zum Ende, und trotz des harten Ringens widmete er sich seiner Familie mit aller Hingebung. Für die 45. Abteilung sprach Genosse Otto Wanski, der dem Toten, der bald 50 Jahre der Partei angehörte, den Scheidegruß nachrief und seiner mühsigen Parteiarbeit ehrend gedachte. Weife Klängen Orgeltöne durch den Raum, während der Sarg in die Tiefe geht.

Selbstmord eines Polizeihauptwachmeisters. Gestern erschloß sich, wahrscheinlich infolge Schwermut, der 45 Jahre alte Polizeihauptwachmeister Friedrich Hamann mit seinem Dienstrevolver. Er, der in Groß-Bieten, Kreis Teltow, wohnt, enterte sich aus seiner Wohnung und schoß sich etwa 700 Meter von seiner Wohnung entfernt auf der nabeliegenden Feldmark eine Kugel ins Herz. Hamann hinterläßt eine Frau und drei unmündige Kinder.

Die Ausstellung von Urteilen der Kinderärztinnen, Doctoreninnen und Berlehrerinnen im Kestaloggi-Friedhof-Haus ist geöffnet am Sonnabend und Sonntag, den 20. und 21. März, von 10-1 und 4-8 Uhr in Karl-Schradterstraße 7/8.

Gewerkschaftsbewegung

Bundestag des Baugewerksbundes.

Berlin, 17. März. Am ersten Tage noch endete die Aussprache über die Referate. In seinem Schlußwort erwähnte Baeplov, es sei unmöglich, im alten, immergleichen Trost weiterzugehen. Dies treffe auch auf die Industrievertandsfrage zu. Das zentrale Lohnabkommen war nötig zur Erhaltung des Lohnstandes und der Organisation. Die vorliegende Entschliessung möge möglichst einstimmig angenommen werden, und zwar ohne jede Abänderung. Der Lohn sei auch heute immer noch abhängig von Angebot und Nachfrage. Deshalb soll es auch schwerer, für die Bauhilfsarbeiter angesichts der Ueberfüllung dieses Berufes die Löhne so zu verbessern, wie bei den Facharbeitern. Die Entschliessung zum Reichstagsvertrag

und zu den Lohnbewegungen wird gegen vereinzelte Stimmen angenommen. Damit ist der Lohnpolitik des Bundesvorstandes fast einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Die Entschliessung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde einstimmig angenommen. Die Entschliessung zur Industrieorganisation soll noch abgeändert werden. Hierauf begründet Horter, Karlsruhe, die Meinung der Sachungscommission, monach dieser Bundestag nur die Beiträge und Unterstützungen neu regeln soll; alle anderen Anträge seien dem ordentlichen Bundestag im nächsten Jahre zu überlassen. Zu den Anträgen, die dem „Grundstein“ wegen seiner Haltung in der Kommunistenfrage ein Tadelvotum aussprechen wollen, empfiehlt die Kommission zu beschließen: „Der außerordentliche Bundestag ist mit der Schreikweise des „Grundstein“ einverstanden.“ Dies sei nötig, um dem Redakteur die Meinung des außerordentlichen Bundestages mitzuteilen.

Eine große Anzahl von Anträgen wird abgelehnt, einige andere Anträge werden — bei Verwaltungssachen — dem Bundesvorstand überlassen. Der Antrag der Kommission zur Schreikweise des „Grundstein“ wird gegen zwei Stimmen angenommen. Einige andere Anträge aus den Baugewerkschaften sind durch Annahme der Entschliessungen erledigt. — Am zweiten Verhandlungstage referierte Baeplov über

Beiträge und Unterstützungen.

Die Erledigung dieses Punktes sei für diesen Bundestag das Wichtigste. Die Beiträge seien das Rückgrat der Organisation. Auch sei ein gewerkschaftliches Gebot, die Erwerbslosenunterstützung hochzuhalten. Mit der Kampforanisation allein komme man nicht aus. Werde die Arbeitslosenversicherung eingeführt, dann werden allerdings die Gewerkschaften erwidern müssen, ob es noch raum sei, die gewerkschaftliche Erwerbslosenfürsorge beizubehalten. Die Vorstandsanträge wollen die Erwerbslosenunterstützung kraft gestalten und dementsprechend die Beiträge regeln, die um 25 Proz. für die Hauptkasse erhöht werden sollen, um die Erwerbslosenunterstützung aufrechtzuerhalten. Der Redner beleuchtet die großen Aufgaben, die dem Baugewerksbund durch Streiks, Aussperrungen und Erwerbslosenunterstützung entstanden sind und die wieder entstehen können. Bauen wir vor!

In der Aussprache wenden sich eine Anzahl Redner gegen jede Beitragserhöhung. Sie möchten dafür die in ihrer jetzigen Form niedere Erwerbslosenunterstützung beibehalten, einzelne möchten sie ganz abschaffen. Dobler-Rünchen tritt mit warmen Worten für die Vorstandsvorlage ein. Wittenburg erklärt Baeplov, der Bundesvorstand habe eine Beitragserhöhung vorgeschlagen, weil er sie für notwendig hält. Da es nicht ist, solche Beschlüsse möglichst einstimmig zu lassen, schlägt er vor, daß Vorstand, Beirat und Sachungscommission sich nochmals beraten, um eine Lösung zu finden, die möglichst alle befriedigt.

In der Nachmittagsitzung berichtet Horter für die Sachungscommission, es sei gelungen, zu einem einheitlichen Vor-

schlag zu kommen. Die Kommission schlägt vor, die Erwerbslosenermittlung für alle bezugsberechtigten Mitglieder in drei Staffeln einzurichten, und zwar sollen die Unterstützungsbeträge in diesen Staffeln betragen: nach 78 bis 260 Beitragswochen das einfache des Stundenlohnes pro Tag, nach 261 bis 520 Wochenbeiträgen das 1 1/2fache des Stundenlohnes pro Tag, bei über 520 Wochenbeiträgen das 1 1/2fache des Stundenlohnes pro Tag.

Der Beitrag für die Bundeshauptkasse

soll erhöht werden in den Stufen von 40 bis 55 Pf. um 5 Pf. pro Woche, von 60 bis 95 Pf. um 10 Pf., von 100 bis 125 Pf. um 15 Pf., von 130 bis 155 Pf. um 20 Pf., über 160 Pf. um 25 Pf. pro Woche. Dadurch würden die Beitragsätze für die Hauptkasse um durchschnittlich 15 Proz. erhöht.

In namentlicher Abstimmung werden die Anträge der Sachverständigen mit 163 gegen 18 Stimmen angenommen. Damit sind alle Anträge zur Beitrags- und Unterstützungsfrage erledigt. Einige andere Anträge werden dem Bundesvorstand zur Erledigung überwiesen. Die

Entscheidung zur Industrieorganisation

wurde dann in der folgenden Fassung einstimmig angenommen: „Der außerordentliche Bundestag bekennt sich erneut zu der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller am Bau tätigen Arbeiter in eine einheitliche Organisation. Er erinnert alle Bundesmitglieder an ihre Pflicht, unter den dafür in Betracht kommenden Arbeitern zu werben, damit sie für diesen Gedanken gewonnen werden.“

Der Beschluss des Breslauer Gewerkschaftskongresses zu der Frage der Industrieorganisation entspricht nicht völlig den Wünschen des Bauergewerksbundes. Dennoch bedeutet der Beschluss des Breslauer Kongresses einen bemerkenswerten Fortschritt, denn er verpflichtet alle baugewerblichen Verbände, den Zusammenschluss zur Industrieorganisation zu fördern. Vom Vorstand des DGB. erwartet der außerordentliche Bundestag, daß er unter den beteiligten Verbänden tatkräftig für die Verwirklichung dieses Beschlusses wirkt.“

Die soziale Bauwirtschaft

behandelt hierauf Scheibel vom Bundesvorstand. Der Bauergewerksbund habe mit Errichtung der Bauhütten etwas völlig Neues zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bauarbeiterschaft geschaffen. Falls sei es jedoch, Wirtschaft und Gewerkschaften in einen Gegensatz zu stellen. Der Verband sozialer Baubetriebe müsse als die wirtschaftliche Abteilung des Bauergewerksbundes betrachtet werden. Stützen wir die Bauhütten gegen das systematische Ausschließen der Bauunternehmer, dann werden sie trotz aller Widerstände ihre weittragenden Ziele erfüllen.

Nach einem Vortrag des Sekretärs für Bauarbeiterschutz, Kollegen Sachs, über Bauarbeiterschutz, worin er mit besonderem Nachdruck darauf hinweist, daß leider nicht nur die Behörden, sondern auch die Arbeiter oftmals dem Bauarbeiterschutz gleichgültig gegenüberstehen, wird dann noch auf Antrag einstimmig nachstehende Entscheidung angenommen: „Der außerordentliche Bundestag billigt die Geschäftsführung des Bundesvorstandes und ernennt ihm das Vertrauen aus.“

Zum Schluß würdigt der Vorsitzende Paepow die Arbeiten des Bundestages. Er fordert auf, hinauszugehen und den gefassten Beschlüssen entsprechend unter den Mitgliedern zu wirken.

Verbandstag der Landarbeiter.

Berlin, den 16. März 1926.

Das Vorstandsmittglied Bernier hielt ein Referat über das Thema „Lohn- und Tarifbewegung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Weinbau“. Der Redner führte etwa aus:

Es sei eine alte Erfahrung, daß alles, was über das Maß der natürlichen Entwicklung hinausgeht, allmählich wieder zurückweicht. Genau so verhalte es sich mit den Landarbeiterverhältnissen in Deutschland. Manches von dem, was nach der Revolution erreicht wurde, ist inzwischen wieder verlorengegangen. Die Land-

arbeiter waren nicht imstande, das damals Erreichte zu halten. Das sei auch erklärlich. Die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch den Tarifvertrag gab es früher in der Landwirtschaft nicht. Auch diese Errungenschaft der Revolution fand nicht überall die notwendige Beachtung. Die mangelnde gewerkschaftliche Schulung der Landarbeiter trug ein übriges bei.

Das Bestreben der landwirtschaftlichen Arbeitgeber sei in den letzten Jahren darauf eingestellt gewesen, alle einigermassen guten Tarifbestimmungen zu beseitigen. Am liebsten wäre man von den Tarifverträgen überhaupt losgekommen. Das sei nicht zu schaffen gewesen, weil heute

Der Tarifgedanke Allgemeingut der deutschen Landarbeiter

ist. Die Arbeitgeber zeigen sich nicht immer als ehrliche Gegner. Viele von ihnen machen den Verband für alles verantwortlich. Verschiedentlich scheute man sogar nicht vor der Behauptung zurück, die unzureichenden Lohnverhältnisse seien lediglich auf die Haltung des Verbandes zurückzuführen.

Auf die Dauer wird der Verband mit diesen Mitteln nicht bekämpft werden können. Der Verband werde in Zukunft in solchen Fällen, wo eine Verschlechterung des Tarifvertrages beabsichtigt wird, seine Zustimmung verweigern. Der Verband kann auch ohne Tarifvertrag bestehen, wie es sich in Pommern zeigte, wo er wieder in der Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Der Versuch der Arbeitgeber, „Werkstarife“ zu vereinbaren, gehe dahin, wieder zu den Einzelarbitern zurückzukommen. In dem

Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

steht der Deutsche Landarbeiterverband allein. Der Zentralverband der Landarbeiter sei in den letzten Jahren immer mehr eine Hilfsgruppe der landwirtschaftlichen Arbeitgeber geworden. Besonders Ostpreußen und Mecklenburg seien schlagende Beispiele. Auch die Kommunisten haben ihr redlich Teil dazu beigetragen, die Landarbeiter zu schädigen. In ihrer fanatischen Einstellung suchen sie den Feind immer an der verkehrten Stelle. Was sie den Landarbeitern empfehlen können, sei nichts weiter als Generalstreik. Der Streik muß auch von den Landarbeitern als das Mittel betrachtet werden, das in letzter Linie zur Anwendung zu bringen ist.

Auch die Haltung der staatlichen Stellen zu den Lohnbewegungen in der Landwirtschaft sei außerordentlich bemerkenswert. Sehr oft sei allzu deutlich zu merken gewesen, daß die Sympathie auf Seiten der landwirtschaftlichen Unternehmer war. Die Landarbeiter haben deshalb sehr wenig Vertrauen zu den Behörden, besonders zum Reichsarbeitsministerium. In einigen Bezirken sind die vom Landesrichter gefällten Schiedsprüche, die von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, dem Reichsarbeitsministerium zur Verbindlichkeitsklärung nicht zugegangen. Wertwürdig bei der Haltung der Arbeitgeber sei auch, daß sie den Angaben der Organisation über die Lage der Landarbeiter und der Landwirtschaft mit Latschweigen begegnen. Das lasse ein schlechtes Gewissen erkennen. In den Eingaben an die Behörden schüben die Arbeitgeber stets die „Interessen der Allgemeinheit“ vor, um den Deutschen Landarbeiterverband zu schädigen. Die Organisation werde nicht ruhen, dieses Gebahren der landwirtschaftlichen Unternehmer bei allen Gelegenheiten mit der notwendigen Schärfe zu kennzeichnen. Bezeichnend sei ein Antrag des Führers der schlesischen Arbeitgeber, Grafen Kapferling, im Preussischen Staatsrat, der preussische Staat solle keine Forstarbeiter-tarife mehr abschließen. Die Forstarbeiter werden sich das nicht gefallen lassen. Für die Folgen müsse die Organisation schon jetzt jede Verantwortung ablehnen.

Wenn in der Landwirtschaft gute Lohnbewegungen geführt werden sollen, und wenn wir endlich zu besseren Lebensverhältnissen kommen wollen, müsse vor allem der Gedanke der Organisation weit über den jetzigen Rahmen hinausgehen. Der Ausspruch „Rechtsfragen sind Nachfragen“ gelte hier ganz besonders. Nach diesen Darlegungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, trat der Verbandstag in eine ausgedehnte Debatte ein.

Kellnerstreik in der „Neuen Welt“.

In der Hasenheide befindet sich das Saalgelände der Bergschloßbrauerei mit dem Namen „Neue Welt“. Dieser Betrieb mußte eigentlich „Alte Welt“ genannt werden, denn Herr Arnold Scholz und sein Sohn Arthur haben es verstanden, in ihrem Betriebe mittelalterliche Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Das grundlose Anschauzen der Kellner ist an der Tagesordnung. Tariflohn wird der Mehrheit der Angestellten nicht gezahlt, obgleich auf den Speisefarten aufgedruckt ist, daß Tariflohn gezahlt wird. Auch einen Betriebsrat glaubt Herr Scholz nicht notwendig zu haben. Die Angestellten, die durch das Gericht feststellen lassen wollten, daß ein Betriebsrat für die „Neue Welt“ zuständig ist, wurden einfach entlassen. Darauf wurde die Arbeit eingestellt. Der Unternehmer hat seinen Reichtum durch Arbeitergrößen erworben. Den Arbeitern, die in der „Neuen Welt“ ihr Geld verzehren, können von Herrn Scholz und Sohn schon einmal ein freundliches Gesicht sehen, aber die Angestellten fliegen grundlos hinaus, ob sie zwei Tage oder zwanzig Jahre im Betriebe arbeiten, ist unerleert.

Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Arbeitervereine, Gewerkschaften und Parteien, die den Saal bereits gemietet haben, werden gebeten, den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Elssasser Str. 88, III, Norden 18813, anzurufen.

Verfehlter Streik.

Der Streik der Eisenkonstruktionsarbeiter auf dem Neubau des Großkraftwerkes Rummelsburg ist am Montag zusammengebrochen. Mit Ausnahme von etwa 40 Nichtrotobereinstellten haben alle Arbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Nur für einzelne qualifizierte Arbeiter sind geringfügige Zugeständnisse gemacht worden. Wenn auch dieser Ausgang des Streiks mit darauf zurückzuführen ist, daß sich leider Arbeitswillige eingefunden hatten, so muß aber doch gesagt werden, daß es wahrscheinlich anders gekommen wäre, wenn die Streikenden gut organisiert gewesen wären. Hoffentlich ziehen sie aus diesem Mißerfolg die Konsequenz und schließen sich ihren Verbänden an.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Erwin Selernus; Gewerkschaftsbewegung: H. Schöen; Redaktion: Dr. John Schöenfeldt; Lokales und Sonstiges: Erik Kerlitz; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 622, 65, 6
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telephon: Köpenick 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 L.
Gänsefedern
mit allen Daunen zum Selbststreifen
Pfund 3.— M., 100-fachste Konkurrenzlos
billig. Preisliste frei.
W. Barownick, Bettfederverwand
Neu-Trebbin 24 (Oderbruch).

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Drogen-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3961

OBERST  **OBERST**
bleibt
A. MUSCHE

Billige Frühjahrs-Angebote

In guter Ware! Hier nur einige Beispiele! Unsere 21 Schaufenster setzen Sie in Erstaunen!

- Mod. Damen-Spangenschuhe** echt Chevreau und R'Chevreau, gutes Material
- Damen-Schnürschuhe** echt Boxrind u. R'Chevreau, teils braun, moderne Form
- Brokatstoffschuhe** echt Louis XV. Absatz, sehr elegant, darunt. Lack-, Pumps u. Schnürschuhe
- Herrenstiefel** echt Boxrind und andere Ledersorten

6⁹⁰

- Herren-Stiefel** und Halbschuhe echt Boxrind, Rand weiß gedoppelt
- Lack-Damen-Spangenschuhe** moderne Formen Blockabsatz, teils französischer Absatz, darunter Schnürschuhe sehr fesch
- Moderne Damen-Spangenschuhe** teils braun
- Schnürschuhe** echt Boxkalf und R'Chevreau, sehr gutes Material, sehr fesch

8⁹⁰

- Orig. Goodyear Welt** Braun echt Boxkalf
- Herren- und Damen-Halbschuhe u. Spangenschuhe** darunter schwarz Boxkalf und Boxrind
- Herrenstiefel** aus rühmlichst bekannter Fabrik
- Orig. Goodyear Welt Damen-Lack- und Boxkalf-Schnürschuhe**, braun und schwarz, sowie braun Boxkalf-Spangenschuhe
- Luxus-Damen-Spangenschuhe** Lack, braun und Wildleder, französischer Absatz, sehr fesch

12⁵⁰

Damen-Luxusschuhe, blond, beige und grau, Chevreau sowie Kinderstiefel und Halbschuhe in großer Auswahl billigt

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt
Münzstraße 25
Schöneberg, Hauptstr. 160
Frankfurter Allee 54
Hottbuscher Damm 13